



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Vernünftige Personalplanung für Bayerns Schulen II: Befristungsunwesen für Lehrpersonal beenden!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zu prüfen und dem Landtag schriftlich und mündlich zu berichten, inwieweit neben nach dem Leistungsprinzip zu vergebenen Planstellen vermehrt auch Lehrkräfte, für die nach vorgenanntem Prinzip keine Einstellungsmöglichkeit als Beamte des öffentlichen Diensts besteht, über ein unbefristetes Angestelltenverhältnis im öffentlichen Dienst beschäftigt werden können, um den rechtlich ohnehin fragwürdigen Kettenbefristungen vorzubeugen und die Kontinuität erfahrenen Lehrpersonals als Stütze des Schulsystems und der jeweiligen Schule gewährleisten zu können. Insbesondere sollte hier auch auf die Möglichkeit einer klaren Regelung von Entfristungsangeboten für Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis Bezug genommen werden, nach der beispielsweise ein Entfristungsangebot des Staats stets nach fünf Jahren Beschäftigungsdauer erfolgen muss, ohne dass hierdurch ein Einfallstor für die Abschaffung des grundsätzlich wünschenswerten Beamtenstatus des Lehrpersonals an Bayerns Schulen geschaffen wird. Ziel sollte es vielmehr sein, eine Regelung zu finden, durch die befristete Beschäftigungsverhältnisse, welche häufig zu prekären Lebenslagen des Lehrpersonals führen, abgebaut werden können.

Begründung:

Eines der gravierendsten Probleme der derzeitigen Personalpolitik der Staatsregierung ist das Befristungswesen, von dem insbesondere viele junge Lehrkräfte betroffen sind. Dieses kann angesichts der zunehmenden Zahl an kurzzeitig befristeten und nicht

selten unterhältigen Beschäftigungsverhältnissen vielmehr als „Befristungs-Unwesen“ bezeichnet werden. Denn hier werden Fachkräfte von staatlicher Seite offensichtlich als billige und äußerst flexibel einsetzbare Aushilfskräfte missbraucht. Eine zukunftssträchtige und fair gestaltete Investition in die bayerische Bildungslandschaft sieht so nach Ansicht der Fraktion FREIE WÄHLER jedenfalls nicht aus.

Gleichzeitig konterkariert die Staatsregierung mit ihrer Personalpolitik auch ihre Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgern. So wirbt sie erst um Lehrkräfte, lässt sie dann aber nach ihrer Ausbildung auf der Straße stehen. Gerade unter den Junglehrern mit befristeten Verträgen beklagen sich viele zurecht über ihre prekäre Situation, die Existenzängste schürt, keinerlei Planungssicherheit zulässt und damit auch die Zukunfts- und Familienplanung erheblich erschwert.

Der Attraktivität des Lehrberufs an bayerischen Schulen kommt dies sicherlich nicht zugute. Es braucht daher auch nicht zu verwundern, wenn es unter diesen Voraussetzungen immer wieder zu gravierendem Lehrermangel kommt, denn die Staatsregierung befördert mit ihrer Personalpolitik die Abwendung vom Lehrberuf hin zur freien Wirtschaft oder aber die Abwanderung in andere Bundesländer, sodass Bayerns Schulen in den letzten Jahren vielzählige engagierte Lehrkräfte verloren gegangen sind.

Gerade das Befristungswesen bei angestellten Lehrkräften sollte daher trotz einer gewissen Flexibilität der Personalplanung im Schulsystem, die sicherlich auch notwendig ist, auf ein Mindestmaß reduziert und auf sinnvolle Alternativen überprüft werden, die beispielsweise darin bestehen könnten, dass auch nicht verbeamteten Lehrkräften durch eine geregelte Entfristung nach 5-jähriger Beschäftigungsdauer Planungssicherheit hinsichtlich ihrer Lebensgestaltung gegeben werden kann. Hier sollte der Staatsregierung auch daran gelegen sein, ihre soziale Vorbildfunktion gegenüber Arbeitgebern der freien Wirtschaft zu wahren, da die Attraktivität des Lehrberufs in Bayern ansonsten auf lange Sicht erheblichen Schaden nehmen wird und junge Menschen in Zukunft zunehmend die Stelle in der freien Wirtschaft dem Staatsdienst vorziehen werden. Dass wir diese Lehrkräfte aber dringend brauchen, ist angesichts der immer noch zu großen Klassen an Bayerns Schulen sowie den zahlreichen Herausforderungen, wie der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft, der Notwendigkeit einer stärkeren Individualisierung von Lernangeboten sowie einer inklusiven und integrativen Ausrichtung aller Schularten, unbestritten.